

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 2,50 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Rannischen Park 2.

Inserate für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 1,50 Mk.
Arbeitervermittlung 75 Pf.
Verbandsanzeigen 50 Pf.

Infolge der Verkehrsstills in Berlin und auf den Bahnen konnte die vorige Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ vielen Zahlstellen nicht zugestellt werden. Große Mengen Zeitungs-pakete liegen bei uns, ohne von der Post abgenommen zu werden, mehr noch lagern unabgefertigt auf den Bahnhöfen. Auch in dieser Woche vollzieht sich die Annahme und Abbeförderung der Sendungen nur zögernd.

Um nun bei den hohen Papierpreisen die Aftenaufgabe nicht ungenützt zu drucken, ist die Auflage der vorliegenden Nummer so herabgesetzt, daß alle Zahlstellen, die sonst Pakete erhalten, für ihr ganzes Gebiet einschließlich etwaiger Neben-adressen nur eine beschränkte Anzahl Zeitungen in Streifenband-fendung bekommen, um so wenigstens die Funktionäre versorgen zu können. Wir bitten diese, den Inhalt der Nummer den Mitgliedern in weitestmöglichstem Maße zugänglich zu machen.

Abbau der Lebensmittelpreise.

Die Preisschraube ist seit langem in ununterbrochenem An-ziehen. Die notwendigen Aufwendungen für Lebensmittel und Bekleidung stellen dauernd steigende Anforderungen an den Säckel des einzelnen, die jede Lohnsteigerung ausgleichen und doch nie eine annähernd der Zeit vor dem Krieg entsprechende Lebenshaltung ermöglichen. Mit der Tatsache freilich werden wir uns alle abfinden müssen, daß wir auf lange Zeit hinaus nicht alle die Anforderungen an die Lebensgenüsse stellen und befriedigen können, die wir in friedlichen Tagen gewohnt waren. Wo Deutschland nach jahrelangem Krieg bis zur Neige aus-gepumpt ist und wir auf Grund der harten Friedensbedingun-gen künftig alle einen bestimmten Teil unserer täglichen Ar-beitsleistung, für den wir früher Waren vom Ausland ein-tauschten, diesem ohne eine Gegenleistung als Fron geben müssen, wo infolgedessen die Gesamtmenge der verfüg-baren Waren, Rohstoffe und Lebensmittel viel geringer ist als vordem, kann auch bei bester Verteilung nicht soviel wie ehe-mals auf den einzelnen entfallen. Das weiß jeder Einsichtige und darin müssen wir uns wohl gut oder böse schiden.

Was wir aber fordern müssen, ist, daß das Quantum, was nun aber auf den einzelnen entfällt, diesem auch tatsächlich wird und von ihm auch erworben werden kann. Was nützen die schönen Auslandslebensmittel, wenn große Teile der minderbemittelten Bevölkerung nicht einmal die rationier-ten Mengen erstehen können. Durch das Unterbleiben jeder Ausfuhr an Waren ist der Markkurs im Ausland so gesunken, daß die Umrechnung einen unerschwinglich hohen Inlandspreis der Waren ergibt. Nach außen kann hier nur gesteigerter Ex-port helfen, Waren, Kohle, Kali.

Soll aber bis dahin die Schraube im Inland nicht ohne Ende weiterziehen, muß die Allgemeinheit mit ihren Mitteln helfen. Wohl hätten auf das ungeliebte Drängen der not-leidenden Minderbemittelten einzelne Gemeinden versucht, von sich aus durch eine Staffelung der Preise nach der Steuerkraft der Käufer die Preise wenigstens der Auslandslebensmittel für die Schlechtestgestellten bezahlbar zu machen, indem die Besser-gestellten entsprechende Zuschläge auf ihren Anteil zahlen. Doch dies Hilfsmittel hat neben den erheblichen technischen Schwierigkeiten seine Grenze dort, wo der dadurch erforder-liche höhere Preis sich gar bald dem des Schleichhandels nähert und ganz unmöglich ist für Gemeinden mit nur wenigen großen Steuerzahlern. Diese Gemeinden können aber ganz unendlich die gleich ins große gehenden Ausfälle aus solcher Verbilligung aus ihren Steuereinnahmen decken. Hier kann, wie schon früher von uns angehendet, nur ein größerer einheitlicher Wirtschafts-Apparat requiriert, eingreifen.

Diesen radikalen Schritt hat nun unter dem Druck der un-haltbaren Verhältnisse die Reichsregierung unternommen, in-dem sie von der zweiten Juliwoge an die rationierten Aus-landslebensmittel der Bevölkerung zu ungefähr der Hälfte des Weltmarktpreises zugänglich macht. Die Senkung der Preise ist so stark, daß die Ersparnis für eine fünf-köpfige Familie z. B. pro Woche 25 bis 30 Mk. ausmacht. Es ist beachtenswert, vorläufig auf drei Monate folgende Mengen ausländischer Lebensmittel pro Woche und Kopf abzugeben: 1/2 Pfund Roggweizen für 82 bis 84 Pf., pro Pfund (gegen früher 220 Mk.), je nach der Stadt 100 bis 250 Gramm Fleisch für 4,50 Mk. das Pfund (früher 11 Mk. das Pfund), 1/2 Pfund Reis oder Hülsenfrüchte (1 Pfund Reis jetzt 2 Mk. gegen früher 3 Mk. bis 3,40 Mk. und 1 Pfund Hülsenfrüchte für 1,25 Mk. gegen früher 4,50 Mk.), 1/2 Pfund Speck für 4 Mk. (gegen früher 7,70 Mk.) pro Pfund, kondensierte Milch, die in erster Linie Kindern und alten Leuten vorbehalten bleibt, soll nicht über 1,80 Mk. (statt bisher 3 Mk.) die Büchse kosten.

Den äußern Anlaß zur beschleunigten Durchführung dieser von langer Hand erwogenen Maßnahmen haben neben den einer Regelung immer mehr heisenden Zuständen die Ver-häufnisse der Eisenbahnen gegeben. Deren Ersparnis hätte nach den Berechnungen der preussischen Regierung für das Gebiet der bereits jetzt mit Unterbrechung arbeitenden preussisch-königlichen Bahnen ein jährliches Defizit von 7 Milliarden Mark ergeben, die man sich, wie unmöglich durch Erhöhung der Fahr- und Frachtpreise einbringen zu können.

Die nun vorgenommene Regelung kommt der ganzen Be-völkerung zugute und muß natürlich von ihr auch in den Kosten

getragen werden. Die durch diese künstliche Senkung der Lebensmittelpreise dem Reich entstehenden neuen Ausgaben sind auf das nächste Vierteljahr auf 1 1/2 Milliarden Mark berechnet und sollen auf Reich, Staat und Gemeinden umgelegt werden. Das Neue dieser erst im sozialen Staat möglich gewordenen Lösung der Ernährungsfrage besteht darin, daß der Staat einen Teil der Ernährungsfragen der Gesamtbevölkerung auf seine Rasse übernimmt, diese Kosten aber nicht von denen Kopfweise einzieht, die diese Lebensmittel verzehren, sondern nach einem ganz anderen Maßstab von denen, die es zahlen können, näm-lich durch die Steuern nach dem Grad der Leistungsfähigkeit. Die Steuerforderung an den einzelnen wird naturgemäß ent-sprechend steigen, denn all diese Körperschaften, und das Reich am wenigsten, haben etwa alte Vermögensreste zur Verteilung.

Man darf hoffen, daß dieser erste bedeutungsvolle Schritt gleichzeitig einen Druck auf die Lebensmittelpreise im all-gemeinen ausübt und so zur Befriedigung der Verhältnisse bei-trägt. Das Ernährungsproblem ist gegenwärtig und auf lange Zeit hinaus das wichtigste für die arbeitende Bevölkerung.

Tagebuchblätter vom Gewerkschaftskongreß.

29. Juni.
München hat zur Begrüßung seiner Gäste kein festliches Gewand angelegt. Dafür regnet es in Strömen. Trohdem be-gnügt man in den Straßen vielen Leuten, denen man den Kongreßdelegierten anseht.

In dem schönen großen Saal des Kulturvereins haben die Münchner Arbeiter eine würdige Begrüßungsfeier veran-staltet. Man trifft alte Bekannte. Viele haben sich so ver-ändert, daß es mitunter schwerfällt, sich gegenseitig wieder-zuerkennen.

30. Juni.
Der Kongreß tritt in dem gleichen Saal zusammen, in welchem die Delegierten gestern begrüßt wurden. Die Oppo-sition hat sich schon am Sonnabend in einer Sonderverjam-mlung zusammengefunden und ihren Operationsplan vorbereitet. Gleich bei der Konstituierung des Kongresses macht sie ihren ersten Vorstoß. Ihr Verlangen, im Präsidium des Kongresses vertreten zu sein, wird abgelehnt. Mit der Uebernahme des Präsidiums durch Leipart macht sich dessen konzilianter Geist bemerklich. Auf seinen Vorschlag wird die vorgesehene Zahl der Schriftführer und der Mitglieder der Mandatskommission erhöht, so daß die Opposition in diesen Körperschaften eine Vertretung findet.

Unter den ausländischen Gästen wird besonders der alte Greulich aus der Schweiz, der Veteran der Arbeiterbewe-gung, sympathisch begrüßt. In seinem wallenden weißen Haar und dem großen Bart macht er äußerlich den Eindruck eines alttestamentarischen Patriarchen. Er erinnert an den Arbeiter-kongreß, der vor 51 Jahren in Nürnberg getagt hat, und an dem er als Delegierter teilgenommen hat. Greulichs Worte zeigen, daß in dem alten Körper noch eine jugendliche Seele lebt. Wäge seine Mahnung, unter allen Umständen die Einig-keit der Gewerkschaften zu wahren, überall Beachtung findend.

Die Opposition ist sehr lebendig, und sie ist trotz ihrer zahlen-mäßigen Schwäche bemüht, dem Kongreß ihren Stempel auf-zudrücken. Bei der Festsetzung der Tagesordnung läßt sich der Kongreß von dem Streben leiten, der Opposition jeden be-rechtigten Grund zu Klagen über Vergewaltigung zu nehmen. Zum Geschäftsbericht der Generalkommission wird ihr ein Redner mit der gleichen Heftigkeit wie dem Berichterstatter zu-gestanden. Weiter erhält die Opposition noch je einen Kor-referenten zu den Tagesordnungspunkten „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“ und „Die Arbeits-gemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“. Zur „Sozialisierung“ wer-den der Opposition gar zwei Korreferenten zugestanden. Nach den vorgesehene Referenten Umbreit und Schmidt (Land-arbeiter) soll für die Unabhängigen Hilsberg, für die Kom-munisten Hedert sprechen. Wie der Kongreß auf diese Weise seine Arbeit in der vorgesehenen Zeit bewältigen soll, ist schwer abzusehen.

Mit der Konstituierung und den Begrüßungsreden ist die Vormittags-sitzung ausgefüllt worden. Der Nachmittag bringt wieder einen Vorstoß der Opposition. Sie will scheinungsmäßig eine Entzweiigungsresolution gegen Moske zur Annahme gebracht wissen. Der Antrag wird erst gedruckt und wird dann beim Geschäftsbericht der Generalkommission mit zur Diskussion stehen.

Leipart spricht im allgemeinen ruhig. Seine scharfe Ver-teilung der Maßregelung von Gewerkschaftsangehörigen, deren sich die Gewerkschaften schämen müssen, wird durch de-monstrativen Beifall unterstrichen. Starke Eindruck macht seine Warnung vor der Spaltung. Die Parteisplaltung begann mit Sonderkonferenzen der Opposition, die Opposition auf dem Gewerkschaftskongreß droht mit ihren Sonderkonferenzen den gleichen Weg einzuschlagen.

Der Metallarbeiter Dißmann aus Frankfurt a. M., der Generalredner der Opposition, tritt mit einem großen Stoß Bücher die Rednertribüne. Er ist ein temperamentvoller Redner. Seine mit starkem Pathos vorgetragene bekannte Anklagen gegen die Kriegspolitik der Generalkommission werden von der Opposition oft mit lautem Beifall begleitet. Sympathisch begrüßt der Schluß seiner Rede, in welcher er für die Oppo-sition entschieden die Absicht bestritt, die Gewerkschaften zer-reißen zu wollen.

1. Juli.
Am Kongreß nehmen 684 Delegierte teil. Eine riesige Zahl. Man könnte zweifeln, ob eine so große Versammlung verhandlungsfähig ist. Aber es geht, denn die Teilnehmer sind ja durchweg erfahrene Praktiker im Versammlungsleben. Allerdings, manchmal geht es recht lebhaft zu. Der Geschäfts-bericht der Generalkommission steht zur Debatte. Zuhörer, die es nicht wissen, würden es aber aus den gehaltenen Reden kaum entnehmen können; man hat vielmehr oft den Eindruck, als befände man sich auf einem Parteitag. Ueber die Kriegs-politik der Sozialdemokratie wird diskutiert, und von beiden Seiten werden scharfe Reden gehalten, aber es werden im Grunde nur oft gehörte Argumente wiederholt. Es ist ganz vernünftig, daß die Debatte gegen Abend abgebrochen wird, obwohl noch eine sehr große Anzahl von Rednern vorgemerk-t ist. Dem Hauptwortführer der Opposition, Dißmann, wird noch ein Schlusswort zugestanden. Dann spricht Legien. Dar-mit ist die Debatte über den Geschäftsbericht beendet. Morgen wird man über die vorliegenden Anträge abstimmen, so daß wohl noch Zeit bleiben wird, weitere Fragen zu erörtern.

2. Juli.
Die heutige Sitzung beginnt mit der Abstimmung über die zahlreich vorliegenden Anträge und Resolutionen, zum Ge-schäftsbericht der Generalkommission. Ueber die Resolution, welche der Generalkommission das Vertrauen ausspricht, wird namentlich abgestimmt. Die Opposition ist verhältnismäßig noch etwas schwächer als auf unserem Verbandstag. Die Ver-trauenstundegebung wird mit 445 gegen 179 Stimmen ange-nommen. Der Abstimmungsakt hat mehr als eine Stunde in Anspruch genommen, und die Opposition ist entgegenkommend genug, ihren Antrag auf namentliche Abstimmung über eine weitere Resolution zurückzuziehen. Eine Resolution, welche sich gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes im Industriegebiet richtet, verursacht bei der Abstimmung einige Schwierigkeiten. In der Diskussion ist über diese Resolution nicht gesprochen worden. Leipart, der mit gewohnter Sicher-heit die Verhandlungen leitet, spricht sich entschieden gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in ganz Deutsch-land aus und empfiehlt, durch die Zustimmung zu dieser Er-klärung die Resolution für erledigt zu erklären. Gegen diesen Vorschlag wird Widerspruch erhoben. Die Resolution wird dann mit geringer Veränderung angenommen, doch wünschen zahlreiche Delegierte, daß ein Ausweg gefunden werde, der das Zustandekommen eines einheitlichen Votums des Kongresses gegen den Belagerungszustand ermöglicht. Die Zurückverwei-gung der Resolution an eine Kommission wird aber abgelehnt, und so bleibt es bei dem gefassten Beschluß, der aber keine volle Befriedigung weckt, weil eine einheitliche Rundgebung des Kongresses nicht erzielt wurde.

Auffehen erregt eine Erklärung des Vorsitzenden des Eisen-bahnerverbandes, Brunnet, der für den Vorstand seines Verbandes jede Gemeinschaft mit den Bestrebungen ablehnt, die für die Fortsetzung des Eisenbahnerstreits wirken. Der Rest der Vormittags-sitzung wird ausgefüllt durch den Bericht der Genossin Hanna über die Organisation der Arbeiterinnen. Das starke Anwachsen der Zahl der organisierten Arbeiterinnen hat bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß nicht die gebührende Berücksichtigung gefunden. Auf dem Kongreß sind nur sechs weibliche Delegierte, darunter drei von dem Verband der Hausangestellten. Mehrere der weiblichen Delegierten beteiligen sich an der Aussprache, und ihre Aus-führungen lassen erkennen, daß wir auch unter den Frauen recht wichtige agitatorische Kräfte haben.

Die Debatte über die Organisation der Arbeiterinnen wird am frühen Nachmittag durch einen Schlufantrag beendet. Dann nimmt Leipart das Wort zu seinem Vortrag über „Die Richtlinien über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“. Er wird vom Kongreß mit großer Aufmerksamkeit angehört und am Schluß mit reichem Beifall belohnt.

3. Juli.
In Nürnberg lebt man jetzt sehr solide. Eine auf Grund des Belagerungszustandes erlassene Verfügung, die den Auf-enthalt auf den Straßen zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr morgens verbietet, ist, wie aus einer an den Markthallen an-geschlagenen Bekanntmachung kurz vor dem Kongreß, und ver-mutlich mit Rücksicht auf diesen, hervorgeht, aufgehoben worden. Aber alle öffentlichen Lokaltäten müssen um 10 Uhr abends ge-schlossen sein. Es ist deshalb keine schlimme Zumutung für die Delegierten, heute schon eine halbe Stunde früher zur Stelle zu sein, um die gestern verlorengegangene Zeit einzu-bringen. Man hatte nach Leiparts Referat geschlossen, ob-wohl es noch nicht 6 Uhr war.

In der heutigen Sitzung erhält zuerst der Metallarbeiter Richard Müller, der bekannte Leichenmüller, das Wort zu seinem Referat. Auch er tritt dafür ein, daß Arbeitsfreude und Arbeitslust wiederkehren müssen, aber von der alten Demokratie will er nichts wissen. Sein Ideal ist das kon-sequente durchgeführte Räte-system. Müller spricht sehr lange. Erst am Schluß will er den ungeduldig werdenden Delegierten Richtlinien vorlesen. Diese sollen aber nun erst gedruckt wer-den. Dann beginnt wieder der bereits bekannte Sturm der Redelustigen zur Wortmeldung. Ihr Eifer wird aber ge-kämpft, denn der Kongreß beschließt, zunächst das Referat von

